



Fragen an die SpitzenkandidatInnen der Nationalratswahl 2017

Für die kommende Regierung gilt es zu zeigen, dass sich Österreich als verantwortungsvolles Mitglied der internationalen Gemeinschaft den globalen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen stellt. Entwicklungspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe sind dabei bedeutende Gestaltungselemente einer aktiven und solidarischen Außenpolitik, denn sie tragen zu sozialer und politischer Stabilität und globaler Gerechtigkeit bei.

Als Dachverbände der österreichischen NGOs in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe haben die AG Globale Verantwortung und die KOO den SpitzenkandidatInnen von sechs Parteien einen Fragekatalog zugeschickt, um mehr über deren Standpunkte und Pläne für die kommende Legislaturperiode in diesen Politikfeldern erfahren.

Die eingelangten Antworten sind unten im Originaltext zu finden.

1. UN-Ziele für Nachhaltige Entwicklung (2030 Agenda inkl. SDGs):

Im September 2015 einigten sich alle 193 UN-Mitgliedstaaten auf die Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) und damit auf einen gemeinsamen Plan, die Welt bis 2030 auf den Pfad zur sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit zu bringen. Alle Länder sollen demnach ihre Politiken – sowohl im Inland als auch im Bereich der internationalen Zusammenarbeit – auf die Erreichung dieser Ziele ausrichten.

a) Wie werden Sie sich persönlich (als Bundeskanzler) in der nächsten Legislaturperiode für die Umsetzung der SDGs einsetzen?

SPÖ:

Die Beseitigung von Armut, Hunger und Ungleichheiten, die Bewältigung von Krisen und Konflikten in und zwischen Ländern sowie die Eindämmung der Klimaerwärmung stellen Herausforderungen der Menschheit dar, denen wir uns als SozialdemokratInnen zutiefst verpflichtet fühlen. Die Umsetzung der „2030 Agenda“ der Vereinten Nationen mit ihren 17 Zielen war daher wichtige Handlungsgrundlage unserer bisherigen Politik und wird es auch bleiben. Es gilt, den guten Ruf Österreichs in der Welt zu nutzen und weiterhin als positives Beispiel, etwa im Bereich erneuerbarer Energien, voranzugehen, um künftigen Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen.

Die SPÖ wird sich dafür einsetzen, dass Österreich einen Plan erstellt, welchen Beitrag wir zur Umsetzung der SDGs in Österreich und über die nationalen Grenzen hinaus noch leisten müssen. Dazu gehört, dass wir Schwerpunkte herausarbeiten, in denen wir besonders aktiv

sein wollen. Wichtig sind etwa klare Zeitpläne, Verantwortlichkeiten und natürlich die finanzielle Bedeckung der Vorhaben.

ÖVP:

a)-c) Als Volkspartei bekennen wir uns vollinhaltlich zur Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs). Diese sind in den kommenden Jahren für uns in Österreich ein wesentliches Zukunftsprojekt und haben daher auch entsprechende Berücksichtigung in unserem Wahlprogramm gefunden. Demnach fordern wir mit Nachdruck eine konsequente Umsetzung der SDGs in allen betroffenen politischen Arbeitsbereichen. SDGs sind umfassende Ziele. Ihre Umsetzung ist nicht nur aus entwicklungspolitischer Sicht wichtig, sondern auch im Sinne eines verantwortungsvollen Umgangs mit unserer Umwelt und zur Erreichung der Pariser Klimaziele. Die SDGs stellen also eine breite Querschnittsmaterie dar. Neben dem expliziten Bekenntnis zur Umsetzung der SDGs, das für die gesamte Bundesregierung im Regierungsprogramm zu gelten hat, müssen sich die einzelnen Ziele auch in jedem Politikbereich inhaltlich widerspiegeln.

FPÖ

a)-c) Die anhaltende Migrationskrise in Europa zeigt deutlich, dass es einer veränderten und starken Außenpolitik bedarf. In Zeiten von Kriegen muss man sich gewahr sein, dass die Sicherung von Frieden und die Erfüllung der biologischen Grundbedürfnisse die Grundlage der menschlichen Existenz sind.

Darüberhinausgehend sollte sich die österreichische Entwicklungszusammenarbeit aber schon die Erkenntnis bewahren, dass sich Entwicklungshilfe an dem orientieren muss, was praktisch machbar, realistisch und überschaubar ist, nicht an dem, was theoretisch plausibel erscheint.

Für Spekulationen über Regierungsprogramme möglicher Koalitionen ist vor einer Wahl seriöser Weise wohl kein Raum.

Die Grünen:

Die Grünen setzen sich dafür ein, dass

Österreich einen nationalen Umsetzungsplan beschließt, mit klar definierten Verantwortlichkeiten auf Bundes-, Länder und Gemeindeebene, sowie mit Koordinationskompetenzen, Zeitplan und Bereitstellung der nötigen finanziellen Mittel. So ein Plan liegt derzeit noch nicht vor. Die verschiedenen Politikbereiche, die zur Erreichung der SDGs sicherlich großen Handlungsbedarf haben, müssen effizient abgestimmt werden. Wir wollen, dass die Aktivitäten der Regierung zur SDG Agenda öffentlichkeitswirksam kommuniziert werden und die Zivilgesellschaft bei der Mitgestaltung vom Umsetzungsplan bis zur Umsetzung und Überprüfung miteingebunden werden. Nicht zuletzt braucht es eine Verpflichtung zur Rechenschaft gegenüber Parlament und Öffentlichkeit.

Schließlich setzen wir uns seit Jahren dafür ein, dass zur Erlangung der SDGs eine kohärente, entwicklungspolitische Strategie des Bundes unabdingbar ist. Diese Strategie muss zur Grundlage haben, nicht die Wirtschaft sondern den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Sie muss ressortübergreifend und verbindlich sein. Ein Stufenplan zur Erreichung des 0,7 % Zieles bis 2020 soll gesetzlich verankert sein.

NEOS:

a)-c) Die SDGs spielen im Programm der NEOS eine große Rolle, nur schreiben wir nicht jedes Mal dazu, dass es sich dabei um eine Forderung handelt, die im Sinne eines Sustainable Development Goals ist. Warum auch. Die SDGs sind eine Liste von Zielen, die eigentlich vollkommen selbstverständlich in jedem Policy-making Prozess enthalten sein sollten. Im Gegensatz zu vielen anderen Kräften ist für NEOS die Liste der SDGs kein Selbstzweck bzw. ein Begriff, mit dem man um sich wirft, ohne dass er einem etwas bedeutet.

Gerade Bildung, wirtschaftliches Wachstum, Frieden und starke Institutionen sind sehr starke NEOS Themen. Bei Gender Equality und Armutsbekämpfung möchten wir besonders auf unsere Pensionspolitik hinweisen, die stark darauf abzielt Altersarmut, speziell bei Frauen zu bekämpfen. Ganz im Sinne unseres Wahlmantras „Heimat großer Chancen“ setzen wir uns dafür ein, dass jeder Mensch in Österreich, in Europa, auf dem ganzen Planeten die gleichen Chancen haben soll, seine Arbeitskraft und all seine Fähigkeiten so einzusetzen, dass er oder sie ein gutes Leben führen kann. Das betrifft auch Ihre Frage nach der Verankerung im Regierungsprogramm. Wir müssen in Österreich zu einer Politik (zurück)finden, die ein menschenwürdiges Leben aller Menschen auf diesem Planeten in den Mittelpunkt stellt und nicht die Panik, dass einem von irgendwelchen Migrant*innen alles weggenommen werden könnte. Dieses Bekenntnis soll das Regierungsprogramm anleiten.

Aus gegebenem Anlass möchten wir auch auf das SDG 17 hinweisen, die Partnerschaften, um diese Ziele zu erreichen. NEOS hat gerade erst ein Konzept für Städtepartnerschaften zwischen Städten innerhalb der EU und verschiedenen afrikanischen Ländern vorgelegt. Im Sinne von „Better together“ setzen wir uns hier dafür ein, dass auf der Ebene der Kommunalpolitik Initiativen gesetzt werden, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren und mit Chancen für die Menschen dort auszustatten, um nachhaltig Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze, gute Orte zum Leben zu fördern. Es gäbe noch eine ganze Menge weitere Beispiele, aber Fakt ist: Diese Ziele sind nicht nur da, um in einer Liste beworben zu werden, sondern müssen sowieso in den Maßnahmen enthalten sein, die Politik setzt. Wie das dann heißt, ist egal.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Mir persönlich ist die Umsetzung der SDGs ein zentrales Anliegen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass sie sowohl auf politischer als auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene umgesetzt werden. Hier braucht es einerseits politischen Willen und Bewusstseinsbildung bei politischen Akteur*innen und der Bevölkerung andererseits.

b) Wo sehen Sie Verbesserungsbedarf bei der bisherigen Umsetzung?

SPÖ:

Seit sich Österreich im September 2015 verpflichtet hat, auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene bis zum Jahr 2030 auf die Umsetzung der SDGs hinzuarbeiten, ist viel geschehen: Alle Bundesministerien wurden mit dem Ministerratsbeschluss vom 12. Jänner 2016 zur kohärenten Umsetzung der „Agenda 2030“ beauftragt und eine interministerielle Arbeitsgruppe zur Koordination, Erfassung und Sichtbarmachung der SDGs unter Leitung des Bundeskanzleramtes und des Außenministeriums wurde eingerichtet. Das Mainstreaming bildet den strategischen Rahmen für die Umsetzung der SDGs in Österreich.

Dadurch werden die SDGs in effizienter, zielorientierter und eigenverantwortlicher Weise in sämtliche Aktivitäten der österreichischen Politik und Verwaltung – unter Einbezug aller relevanten staatlichen und nichtstaatlichen AkteurInnen – integriert. In Zukunft wird es darum gehen, die Erfüllung der SDGs zu forcieren, indem wir von der künftigen Bundesregierung ausgewählte Schwerpunkte vorantreiben und den politischen Prozess der Umsetzung unter Einbezug der Stakeholder transparent und inklusiv zu gestalten.

ÖVP: [siehe oben]

FPÖ: [siehe oben]

Die Grünen:

Bis dato hat die Regierung einen sehr geringen Beitrag zur Umsetzung der SDGs geleistet. Es hat bisher nur ein Zusammentragen von Infos zum Status Quo seitens von Ministerien stattgefunden. Das ist angesichts des Zieles, bis 2030 die SDGs zu erreichen, mehr als dürftig.

Die Regierung muss endlich konkrete Handlungsschritte setzen. Wir wollen einen Umsetzungsplan mit klar definierten Verantwortlichkeiten auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene, mit konkreten Maßnahmen, einem Zeitplan sowie von den nötigen budgetären Mitteln für die Implementierung der SDGs. Verbesserungsbedarf gibt es zudem bei der politischen Unterstützung, diese müsste viel stärker sein und hochrangig. Es braucht klare Zuständigkeiten für ein koordiniertes Umsetzen der SDGs, eine Teilhabe aller relevanten Stakeholder inklusive Zivilgesellschaft auf Augenhöhe und eine transparente Berichterstattung.

NEOS: [siehe oben]

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Die Steuerungsgruppe war ein guter erster Schritt, aber leider ist seither wenig passiert. Es fehlt das echte commitment. Andere Länder wie Deutschland, Schweden oder Tschechien sind uns mit der Umsetzung weit voraus. Ein erster konkreter Schritt wäre eine Lückenanalyse. Welche Ziele erfüllen wir bereits und wo müssen wir unser Engagement verstärken? Als nächsten Schritt braucht es eine Umsetzungsstrategie. Eine Möglichkeit wäre es, einen nationalen Aktionsplan zu erstellen. Mir ist besonders wichtig, dass nicht nur der Bund, sondern auch die Länder und Gemeinden in die Umsetzung eingebunden werden. Als dritten Schritt muss man sich überlegen, wie die Umsetzung gut kontrolliert und überwacht werden kann. Hier wird das Parlament eine tragende Rolle spielen müssen.

c) Wie würden Sie die SDGs im Regierungsprogramm verankern?

SPÖ:

Im Zuge der Implementierung der SDGs in unsere nationalen Aktionspläne haben wir festgestellt, dass Österreich das Gros der Ziele der Vereinten Nationen zur nachhaltigen Entwicklung bereits in bestehenden Gesetzen, Initiativen und Aktionsplänen der jeweiligen Ressorts verankert hatte. Grundsätzlich gilt es natürlich die Wahl am 15. Oktober abzuwarten. Für ein zukünftiges Regierungsabkommen wäre aber vorstellbar, die SDGs noch einmal deutlich auszuweisen und alle Regierungsmitglieder nachdrücklich zu deren Erfüllung aufzufordern. Auch eine Ausweitung des im Bundeskanzleramt angesiedelten Pilotprojekts, das über eine webbasierte Datenbank SDG-relevante Aktivitäten der Ministerien sammelt und angibt, welche ihrer Maßnahmen und Einzelvorhaben einen signifikanten Beitrag zur Erreichung der SDGs leisten, ist vorstellbar. So können alle Ziele, Maßnahmen und Vorhaben systematisch in einen Konnex zu den SDGs gestellt und sichtbar gemacht werden. Dies würde es auch der interessierten Zivilgesellschaft erleichtern, die Umsetzungsschritte zu verfolgen und gegebenenfalls Input geben zu können.

ÖVP: [siehe oben]

FPÖ: [siehe oben]

Die Grünen:

Da die Umsetzung der SDGs eine gesamtstaatliche Aufgabe ist, sollte sie in allen für SDGs relevanten Themenblöcken im Regierungsprogramm Erwähnung finden, mit konkreten Handlungsschritten zur Umsetzung des jeweiligen SDG Zieles.

NEOS: [siehe oben]

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

[keine Angabe]

2. Politikkohärenz im Interesse Nachhaltiger Entwicklung:

Um ein menschenwürdiges Leben für Alle zu erreichen braucht es internationale Zusammenarbeit und eine effiziente Koordination verschiedener Politikbereiche. Es muss sichergestellt werden, dass Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit nicht durch Maßnahmen etwa in den Bereichen Steuern, Landwirtschaft, Handel oder Migration konterkariert werden. Die unterschiedlichen Politikbereiche sollten vielmehr so abgestimmt und gestaltet werden, dass sie entwicklungspolitische Zielsetzungen – wie sie in der 2030 Agenda für Nachhaltige Entwicklung formuliert sind – unterstützen.

- a) **Wie würden Sie sich dafür einsetzen, dass politische Entscheidungen keine negativen Auswirkungen auf entwicklungspolitische Ziele haben?**

SPÖ:

Entwicklungspolitik ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, ein Prinzip, das in Österreich durch das Entwicklungszusammenarbeitsgesetz verankert ist. Um Politikkohärenz im Dienste der nachhaltigen Entwicklung zu stärken und zu verhindern, dass Initiativen dazu von anderen Politikbereichen untergraben werden, ist ein engmaschiger Austausch aller AkteurInnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene entscheidend, um strategische Planungsprozesse zu gewährleisten. Vorgaben wie das Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik, Landes- und Regionalstrategien oder thematisch-strategischen Leitlinien sind unter allen relevanten AkteurInnen abzustimmen, wobei sie sich an einer entwicklungspolitischen Gesamtstrategie zu orientieren haben. Auch die Umsetzung der 2030Agenda wird ein besonders hohes Maß an Politikkohärenz erfordern, gleichzeitig bei dementsprechender ernst genommenen Umsetzung aber auch von sich aus erzeugen. Österreich nimmt deshalb an den Netzwerken für Politikkohärenz der EU und der OECD teil und bringt sich darin aktiv für die kohärente Umsetzung der SDGs ein.

Mittelfristig braucht es darüber hinaus Instrumente, die Kohärenz im Sinne der nachhaltigen Entwicklung ermöglichen. Wie ist bei Interessenkonflikten umzugehen? Wer hat in welchem Politikbereich Entscheidungskompetenz? Dies sind nur zwei zentrale Fragen, für die wir durch das Einführen neuer Instrumente in Zukunft zu Lösungen kommen, welche die nachhaltige Entwicklung inner- und außerhalb der nationalen Grenzen befördert.

ÖVP:

Wie erwähnt handelt es sich bei EZA um eine breite Querschnittsmaterie, deren Ziele sich in jedem Politikbereich und in der Verantwortung jedes Ressorts inhaltlich widerspiegeln müssen. Dieser Verantwortung gilt es im Sinne einer kohärenten Politik aktiv nachzukommen, unter anderem in folgenden Bereichen: (siehe unten)

FPÖ

[keine Angabe]

Die Grünen:

Wir setzen uns auf europäischer sowie auf nationaler Ebene dafür ein, dass politische Entscheidungen wie beispielsweise bilaterale oder EU Handelsabkommen so gestaltet sind, dass sie entwicklungspolitische Ziele nicht konterkarieren. So drängt die EU vermehrt auf den Abschluss von Freihandelsabkommen, die europäischen Exporteuren neue Absatzmärkte erschließen sollen. Damit verbunden ist auch ein erleichterter Zugang für Unternehmen zu den Rohstoffmärkten der Entwicklungsländer. Wir setzen uns innerhalb der EU und in Österreich dafür ein, das Recht von Entwicklungsländern zu respektieren, Regeln für Exporte und Investitionen zu erlassen, die ihren wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Bedürfnissen entsprechen. Vor allem die europäische Handelspolitik muss auf mit den SDGs in Einklang gebracht werden. Die Abstimmung unterschiedlicher Politikbereiche ist unabdingbar für die Erreichung der SDGs.

NEOS:

Gänzlich wird das nie ganz sicherzustellen sein. Politik ist immer ein Ausgleich von Interessen und was gut für ein Ziel ist, wird oftmals suboptimal für ein anderes sein. Um Kohärenz im Bereich der Entwicklungspolitik zu schaffen, ist es für uns unerlässlich eine singuläre Zuständigkeit in der Regierung zu schaffen, einen eigenen Staatssekretär_in für Entwicklungszusammenarbeit. Denn gegenwärtig ist es so, dass die Kompetenzen- und Budgetverteilung zwischen Ministerien und vorgelagerten Institutionen (ADA, Entwicklungsbank) zu Intransparenz führen und auch zu Misstrauen zwischen diesen unterschiedlichen Playern. Ein Beispiel: Wäre der Aufsichtsrat nicht so eindeutig mehrheitlich durch BMEIA-Beamten besetzt, könnte die ADA vielleicht tatsächlich wie eine Bundesagentur agieren, wie das eigentlich im Gesetz vorgesehen ist. Die mangelnde Kohärenz bei der Entwicklungspolitik ist also für uns in erster Linie auf einen Mangel an Leadership in dem Bereich zurückzuführen. Unserer Ansicht nach, wäre es auch eine Überlegung wert, das EZA-Préalable wieder einzuführen, um Führungskräfte, die sich speziell für Entwicklungspolitik interessieren auszubilden, statt die EZA im Außenministerium wie eine Strafkolonie zu behandeln.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Jedes Gesetz sollte vor der Verabschiedung auf die Auswirkungen auf Entwicklungsländer geprüft werden.

- b) Welche Maßnahmen werden Sie treffen, um Transparenz über die Steuerleistungen multinationaler Unternehmen herzustellen und sicherzustellen, dass diese ihren fairen Beitrag leisten? Welche weiteren Maßnahmen sehen Sie als notwendig, um Entwicklungsländer bei der Umsetzung fairer und progressiver Steuersysteme zu unterstützen?**

SPÖ:

Ein Prozent der Weltbevölkerung wird immer reicher, während 840 Mio. Menschen auf der Welt von weniger als zwei Euro am Tag leben müssen, viele davon Kinder. Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, tritt die SPÖ seit jeher für Steuergerechtigkeit – auch im internationalen Rahmen – ein: Großkonzerne und Reiche müssen ihren fairen Beitrag leisten. Dazu müssen Steuerdumping verhindert und Briefkastenfirmen in Steuersümpfen

geschlossen werden. Außerdem fordern wir einen Strafzuschlag für Gewinnverschiebungen sowie die transparente Ausweisung wirtschaftlicher Aktivitäten wie Umsätze und Steuerleistung von Großkonzernen. Durch enge internationale Kooperation können wir so für mehr Gerechtigkeit sorgen. Für die Umsetzung fairer und progressiver Steuersysteme in Entwicklungsländern ist die Erfüllung des SDG 16 entscheidend: In einem ersten Schritt gilt es, Frieden, Rechtsstaatlichkeit und starke Institutionen zu fördern, um in einem zweiten Schritt die Etablierung stabiler wirtschaftlicher und sozialer Systeme zu unterstützen. Die UNO schätzt, dass den so genannten Entwicklungsländern jährlich 100 Milliarden USD durch unsaubere Steuerpraktiken entgehen. Das sind Mittel, die für den Aufbau der Staaten unheimlich wichtig wären. Das Schlagwort der „domestic resource mobilisation“ kann ohne ein faires und transparentes Steuersystem nicht umgesetzt werden.

ÖVP:

- Für einen konsequenten Kampf gegen internationale Steuervermeidung und Steuerbetrug haben wir in unserem Programm mehrere Vorschläge gemacht. Beim Mehrwertsteuersystem wollen wir unter anderem ein Reverse-Charge-System einführen, bei dem die Umsatzsteuerschuld auf den Käufer übergeht. Die Steuervermeidung internationaler Großkonzerne im Online-Bereich wollen wir mit der Einführung der digitalen Betriebsstätten verhindern. Zudem sollten wir Überweisungen an Briefkastenfirmen in Steueroasen schlicht und einfach verbieten, entsprechende Strafen erhöhen und jene Personen, die den Mut haben, kriminelle Vorgänge an die Behörden zu melden („Whistleblower“), besser schützen. Zur besseren Umsetzung fairer Steuersysteme in Entwicklungsländern wollen wir speziell durch das Know-how und die Expertise unserer Behörden einen Beitrag leisten.

FPÖ:

Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit sollte gänzlich auf neue Beine gestellt und neu ausgerichtet werden. Wir sprechen uns nur dann für Entwicklungshilfeleistungen aus, wenn deren ordnungsgemäße Verwendung gewährleistet werden kann und effektive Kontrollmechanismen sicherstellen, dass österreichische Steuergelder nicht zur Finanzierung sinnloser Entwicklungshilfe-Bürokratie verwendet werden oder in kriminellen Kanälen versickern. Wenn sich die österreichische Bundesregierung für die Gewährung direkter Zahlungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit entscheidet, muss jedenfalls darauf geachtet werden, dass Budgethilfen an demokratische Regierungsführung gekoppelt und so konzipiert werden, dass sie entwicklungspolitisch nachhaltig wirksam sind und die richtigen Anreize setzen, um die Eigenverantwortung der Partner und die Arbeitsteilung mit anderen Gebern signifikant zu stärken. Budgethilfe hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn das Empfängerland eine starke, legitimierte und reformwillige Regierung hat.

Die Grünen:

Wir wollen, dass Gewinne dort besteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden. Die unzähligen öffentlichen Skandale (Swiss Leaks, LuxLeaks, Panama Papers, Bahamas Papers usw.) haben den dringenden Handlungsbedarf aufgezeigt. Wir Grüne treten für lückenlose Transparenz ein. - Öffentliches Firmenregister der wirtschaftlich Berechtigten: Alle wirtschaftlich Berechtigten müssen öffentlich und kostenlos abrufbar in ein Register eingetragen werden. Darüber hinaus müssen Jahresabschlüsse lückenlos und öffentlich zur

Verfügung gestellt werden. - Öffentliche Berichtspflichten (Country by Country Reporting): Die Steuerbehörden tauschen künftig automatisch Informationen über die Einkünfte, die geleisteten Steuern oder Geschäftstätigkeit getrennt nach Staaten aus. Die Finanz weiß also künftig, in welcher Höhe und in welchem Land multinationale Konzerne Steuern leisten. Wir fordern, dass das Country by Country Reporting für alle öffentlich und kostenlos zugänglich ist. Zudem muss die Umsatzschwelle von berichtspflichtigen Unternehmen von 750 Mio Euro auf 40 Mio Euro herabgesetzt werden. - Veröffentlichung von Steuerdeals: Auch alle Steuerabsprachen zwischen nationalen Steuerbehörden und Konzernen sollen künftig unter den Steuerbehörden automatisch ausgetauscht werden. Wir fordern, dass diese Deals für alle öffentlich und kostenlos zugänglich sind. Neben der lückenlosen Transparenz ist eine einheitliche Bemessungsgrundlage in Verbindung mit Mindeststeuersätzen notwendig, um dem schädlichen Steuerdumping nach unten entgegenzuwirken. Entwicklungsländer sollen insbesondere bei der Implementierung von Firmen-Registern, Anti-Geldwäsche-Systemen und dem automatischen Informationsaustausch nach internationalen Standards finanziell und mit dem entsprechenden Know-How unterstützt werden. Das ist entscheidend, um alle gesetzlichen Lücken zu schließen und keine Ausweichmöglichkeiten zu bieten.

NEOS:

Das Steuerthema bei multinationalen ist bei uns auch eine europäische Herausforderung. Steuerflucht in Europa muss Einhalt geboten werden. Steuerfreiheit für Großkonzerne ist inakzeptabel. Allerdings müssen wir auch an den Standort Österreich denken und dass Unternehmen im Normalfall gegenwärtig sehr stark durch Abgaben belastet sind. Bei der Umsetzung fairer Steuersysteme in Entwicklungsländern gibt es wohl keine pauschale Antwort. Das kommt auf das Land und die Gegebenheiten dort an. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass Knowledge transfer in diesem Bereich die beste Antwort ist. Auch hier dürfen wir auf unser Konzept der Partnerschaften zum Expertisentransfer verweisen. Im Falle von Steuersystemen müsste man das auf nationalstaatliche Strukturen anpassen bzw. je nach Steuersystem des betreffenden Staates könnte man hier auch auf kommunaler Ebene unterstützen. Die Frage ist aber gar ein wenig allgemein und man müsste sich das von Fall zu Fall genauer anschauen.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Um multinationale Akteure, die global agieren wirklich fair besteuern zu können, bräuchte es auch eine globale Steuerbehörde – die gibt es aber nicht. Aus unilateralen Maßnahmen ergeben sich leider meist eine Reihe von Problemen und auch weitere Ungerechtigkeiten. Wir brauchen also dringend eine internationale (europäische) Reform des internationalen Steuersystems. Ein Vorschlag wäre etwa, Gewinne einheitlich zu ermitteln und sodann die Besteuerung so zu verteilen, wie sie den Kunden bzw. Produktionsstätten des jeweiligen zu besteuern den Unternehmens entspricht. Es muss aber grundsätzlich eine Verbesserung im Berichtswesen der Unternehmen und bei der Transparenz der gesamten Wertschöpfungsketten geben.

c) Welche Veränderungen in der österreichischen und europäischen Landwirtschaftspolitik bräuchte es Ihrer Meinung nach, um globale Ernährungssicherheit zu ermöglichen?

SPÖ:

Österreich hat im Rahmen der EU und auch auf bilateraler Ebene viele Handelsabkommen geschlossen. Wir müssen in Zukunft viel mehr darauf achten, dass wir durch diese die lokalen Märkte weder mit hochsubventionierten europäischen Produkten fluten (wie etwa mit Milchpulver, Hühnerfleisch oder Tomatenmark), noch dass wir den lokalen Bevölkerungen die Lebensgrundlage entziehen, wie es bei der Fischerei vor der westafrikanischen Küste der Fall ist.

Zusätzlich wird es notwendig sein, die gemeinsame Agrarpolitik der Union so zu erneuern, dass sie die Ernährungssouveränität unserer Handelspartner nicht gefährdet. Die Landwirtschaftspolitik ist ein wunderbares Beispiel dafür, dass Entwicklungspolitik in vielen Politikbereichen steckt und es wichtig ist, bei den darin Agierenden das entsprechende Bewusstsein zu schaffen, dass sie auch global Verantwortung zu tragen haben.

ÖVP:

- Der Einsatz für die faire Bezahlung aller Kleinbauernfamilien sowie Landarbeiterin Entwicklungsländern stellt für uns einen wichtigen Beitrag zur Armutsbekämpfung und nachhaltigen Entwicklung dieser Länder dar. Faire Handelsstrukturen zu fördern ist entscheidend für die Ernährungssicherheit und zur Reduzierung von Armut. Wir wollen in Österreich das Bewusstsein der Konsumenten stärken, dass man durch den Kauf von fair gehandelten Produkten die Einhaltung von sozialen, ökologischen und ökonomischen Kriterien sicherstellt und die Existenzgrundlage vor allem der Landbevölkerung sichert.

FPÖ:

Österreich sollte endlich hinsichtlich der Ernährung und Versorgung autark werden. Es gilt, die Bevölkerung mit einem Selbstversorgungsgrad von 100 Prozent mit gesunden Lebensmitteln zu versorgen und unsere heimischen, kleinen Bauern darin zu unterstützen. In dieser Hinsicht ist unseres Erachtens auch die derzeitige Europäische Agrarpolitik reformbedürftig.

Die Grünen:

Ernährungssouveränität beschreibt kein einheitliches Patentrezept, sondern ein Konzept zur Demokratisierung der Lebensmittelproduktion. Als solches muss es fortentwickelt und an sich verändernde und unterscheidenden Gegebenheiten angepasst werden. Wir Grünen sind der Ansicht, dass die kleinstrukturierte lokal angepasste und primär für die Region produzierende Landwirtschaft, die Landwirtschaft ist, die den Hunger der Welt nachhaltig stillen kann. Dafür müsste die europäische und die globale Agrarpolitik vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Agrarpolitik gehört reguliert, das freie Spiel des Marktes führt sichtbar zu Marktversagen.

NEOS:

Seitens Europas müssen Zollhürden abgebaut werden, um auch Produzenten aus weniger entwickelten Regionen den Zutritt zum Markt zu ermöglichen. Das fördert den Aufbau von Strukturen und die Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Systeme im globalen Süden. Ein erster Test kann hier das Ende der Zuckerquote in der EU sein: Momentan ist der Import von Zucker aus Zuckerrohr mit hohen Zöllen belegt. Hier muss man den Kleinbauern aus dem Süden den Marktzutritt erleichtern.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Es braucht eine massive Förderung lokaler Permakulturen mit einhergehender Direktvermarktung unter Einbeziehung der Verbraucher in Form von solidarischem Investment. Dies ist sowohl in Entwicklungsländern als auch in Österreich eine wichtige und sinnvolle Maßnahme.

Die unter Punkt 4a geforderte CO₂ Steuer unter gleichzeitiger Entlastung CO₂ armer Landwirtschaft fördert die regionale europäische Bewirtschaftung und Versorgung.

Durch die hohen EU-Agrarsubventionen können wir billige Produkte in Entwicklungsländer exportieren. Das zerstört dort den lokalen Markt. Hier braucht es eine Vielzahl von Maßnahmen um entgegenzuwirken: Die Anreize zur Überschussproduktion reduzieren, keine forcierten Marktöffnungen in Entwicklungsländern, ein neuer Beschwerdemechanismus, welcher Beschwerden hinsichtlich unfairer Dumpingaktivitäten entgegennimmt, Unterstützung der lokalen Produktion, vor allem auch der kleinstrukturierten landwirtschaftlichen Betriebe.

d) Wie sollte Migrationspolitik gestaltet werden, damit Sie zu globaler nachhaltiger Entwicklung beiträgt und welche Maßnahmen werden Sie treffen, um Ursachen von Vertreibung und Flucht zu bekämpfen?

SPÖ:

Vorweg: Der Entwicklungszusammenarbeit alleine aufbürden zu wollen, dass es zu keinerlei Migrationsbewegungen mehr kommt, ist unrealistisch und missbraucht sie für innenpolitisches Kleingeld. Menschen flüchten etwa wegen politischer Verfolgung auch aus Ländern, die gar keine Entwicklungsländer sind, gleichzeitig kann es auch dann, wenn Entwicklungszusammenarbeit gut greift, zu Naturkatastrophen kommen, die Menschen ihren bisherigen Lebensraum nehmen.

Konflikte, Klimawandel und der wachsende Mangel an Chancen, hervorgerufen durch ein wachsendes ökonomisches Ungleichgewicht, haben zur größten globalen Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg geführt. Es gilt, illegale Wanderbewegungen zu stoppen und deren zugrundeliegende Ursachen an den Wurzeln zu bekämpfen – wo sinnvoll und möglich auch mit Methoden der Entwicklungszusammenarbeit.

Die SPÖ hat einen 7-Schritte-Plan vorgelegt, der einen klaren Plan zur Zusammenarbeit mit den Ländern Westafrikas vorsieht und einen Plan für Nordafrika zur Stärkung wirtschaftlicher Perspektiven fordert. Um beispielsweise eine Eindämmung der Klimaerwärmung zu erreichen, müssen die in der 2030 Agenda vereinbarten Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen sowie das Pariser Klimaabkommen umgesetzt werden.

ÖVP:

- Wo Menschen vor Ort Perspektiven haben, sinkt automatisch der Migrationsdruck nach Europa. Wir wollen daher gezielt die Hilfe vor Ort verstärken (siehe besonders Frage 3), damit Menschen dem Wunsch nach einem besseren Leben nicht mehr über die lebensgefährliche Flucht nach Europa folgen. Bei nach geltender Rechtslage bestehendem Asylgrund sollte ein Resettlement-System sicherstellen, dass wir gezielt den Schwächsten helfen – z.B. Frauen, Kindern – und nicht jenen, die stark genug sind, um über Schlepperkriminalität den gefährlichen und kostspieligen Weg nach Europa illegal hinter sich zu bringen.

FPÖ:

Migration ist unseres Erachtens auf dem Kontinent zu lösen, auf dem sie passiert. Entwicklungshilfe ist aus freiheitlicher Sicht zudem an die Bereitschaft der afrikanischen Staaten zu koppeln, ihre Staatsbürger, die illegal nach Europa einzuwandern versuchen, die in Europa strafrechtlich verurteilt wurden oder denen kein Asylstatus zugestanden wurde, unverzüglich und bedingungslos zurückzunehmen. Wir verlangen zudem, dass außereuropäische Asylwerber ihr Asylrecht ausschließlich auf ihrem Herkunftskontinent geltend machen, da auf jedem Kontinent ausreichend sichere Staaten existieren und behauptete Asylgründe nicht zum Mittel der Erzwingung einer dauerhaften Niederlassung in Europa missbraucht werden dürfen.

Die Grünen:

Für Migration braucht es ein harmonisiertes System innerhalb der EU, damit Migration zu Studien oder Arbeitszwecken nach fairen Kriterien ermöglicht wird. Um nachhaltig Fluchtursachen zu bekämpfen braucht es:

- Starke Einschränkung von Waffenhandel. Österreich und die EU Länder produzieren und verkaufen Waffen, mit denen woanders Kriege geführt werden. Diese produzieren Kriege und Fluchtbewegungen.
- Schaffung legaler Fluchtwege, um bezahlten Schleppern die Geschäftsgrundlage zu entziehen. 9 von 10 in der EU schutzsuchenden Menschen haben keine andere Möglichkeit als mit Schleppern nach Europa zu kommen. Wer sichere, legale Fluchtwege schafft, macht bezahlte Schlepper überflüssig.
- Gerechte EU-Handelspolitik. Nur so kann man Lebensgrundlagen z.B. in Afrika erhalten. Wenn wir als Europa mit subventionierten, und deshalb sehr billigen, Landwirtschaftsprodukten afrikanische Märkte nicht kaputtmachen, dann haben Menschen dort auch ein Auskommen und müssen ihr Land nicht verlassen.

Gegen Fluchtursachen vorzugehen ist notwendig, gegen Menschen, die flüchten vorzugehen, zynisch.

NEOS:

Die Migrationspolitik ist ein sehr großes und sehr facettenreiches Thema. Fakt ist, dass die Flüchtlings“welle“ von 2015/16 keine singuläre Erscheinung war, sondern ein Vorgeschmack darauf, was uns in den nächsten Jahren blühen kann, wenn wir nicht beginnen, Maßnahmen zu setzen, die über den nächsten Wahltermin hinausgehen.

Während alle von „Vororthilfe“ und „Partnerschaften auf Augenhöhe“ und einem „Marshallplan für Afrika“ reden, ist meist nicht klar, was genau damit gemeint ist. Entwicklungszusammenarbeit wird heutzutage als ein Instrument gesehen, sich von Zuwanderung freizukaufen. Das ist nicht nur ein Irrtum, sondern ignorant. Keine Maßnahmen, die der Westen oder sonst jemand setzen würde, könnten Migration stoppen, das ist auch in niemandens Interesse. Das Ziel muss sein, Migrationsbewegungen, besonders die ganz großen, auf menschenwürdige Art und Weise und internationalem Recht genügend zu managen.

Daher sagt NEOS

1. Expertisentransfer und Infrastrukturinvestitionen statt Geldspenden in Ländern, die besonders von Abwanderung betroffen sind
2. Die EU braucht eine gemeinsame Migrationspolitik im Sinne der Blue Card+, die reformiert und an die gegenwärtigen Herausforderungen angepasst gehört.
3. Städtepartnerschaften zwischen europäischen Städten und Städten in Gebieten mit Entwicklungsbedarf zur Sicherstellung lebenswichtiger Services, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Stabilisierung
4. Ein geeintes europäisches Vorgehen bei der Aushandlung von Rückführungsabkommen.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Die Menschen, welche in Krisengebieten bleiben, sind oft ältere Menschen, Frauen, Kindern und Menschen mit Behinderungen. Gerade aber diese verletzlichen Gruppen verdienen unseren Schutz und sollten durch einen Ausbau der resettlement-Programme die Möglichkeit haben, in einem sicheren Land zu leben.

Die meisten Menschen fliehen vor Krieg und Terror. Die Bekämpfung der Ursachen muss einen starken Fokus auf friedenssichernde Maßnahmen setzen. Um hier etwas bewegen zu können, braucht es internationale Allianzen. Um den Menschen vor Ort zu helfen, braucht es vor allem folgende drei Maßnahmen: Die Herstellung von Ernährungssicherheit, Bildungsmöglichkeiten und Berufschancen.

e) Wie würden Sie diese Bereiche im Regierungsprogramm verankern?

SPÖ:

Was Migration betrifft, die nachhaltig globale Entwicklung stärken soll, sind folgende Punkte in einem Regierungsprogramm vorstellbar: legale Migrationswege ermöglichen, Angebote der Ausbildung von ExpertInnen aus dem Süden mit gleichzeitigem Verhindern von Brain drain forcieren, realistische Bilder von Zielländern kommunizieren und Rücküberweisungen (Remittances) als faktische Größe für die Entwicklung der Länder des Globalen Südens erkennen.

Was die Maßnahmen zur Bekämpfung der Fluchtursachen betrifft, ist über folgende Punkte nachzudenken: Stufenplan zur Anhebung der ODA auf 0,7% bis 2030 wobei auf den Programmen in den bewährten Schwerpunktländern aufgesetzt werden soll und Projekte, die gebündelte Rücküberweisungen anreizen; Eindämmen der Klimaerwärmung (Finanzierungszusagen erfüllen); Stärken der Resilienz gegenüber externen Schocks; friedensfördernde Maßnahmen durch Stärken der Zivilgesellschaft und der freien Medien; Beiträge, die helfen, democratic governance und rule of law zu stärken, um allen auf der Erde zu deren Menschenrechten zu verhelfen.

ÖVP:

[keine Angabe bzw. siehe oben]

FPÖ:

Regierungsprogramme entstehen nach Wahlen in Verhandlungen mit möglichen Koalitionspartnern.

Die Grünen:

Siehe 1c

NEOS:

[keine Angabe]

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

[keine Angabe]

3. Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe:

Ohne die Einberechnung der Flüchtlingskosten im Inland stagniert die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) seit Jahren. Die Erhöhung der ADA um 15,5 Mio. Euro jährlich von 2017 bis 2021 ist zu gering, um sich dem international vereinbarten Ziel von 0,7% des Bruttonationaleinkommens anzunähern. Im Vergleich zu ähnlich reichen Ländern gehört Österreich sowohl bei der Entwicklungszusammenarbeit als auch bei der Humanitären Hilfe zu den Schlusslichtern.

a) Wie werden Sie sich für die Erreichung des 0,7% Ziels einsetzen und wie hoch sollte die ODA-Quote nach Ende der nächsten Legislaturperiode sein?

SPÖ:

Wichtiger als das 0,7%-Ziel ist eine Stärkung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit: Auch wenn die österreichischen Beiträge zu Entwicklung auf dem Papier zuletzt von 0,35 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) auf 0,41% gestiegen sind, so war dies insbesondere auf angerechnete Kosten aus der Flüchtlingsbetreuung zurückzuführen und wird daher auch wieder sinken.

Die SPÖ wird sich dafür einsetzen, dass die Mittel für die gestaltbare EZA durch einen gesetzlich verankerten und politisch akkordierten Stufenplan jährlich angehoben werden. Wir wissen ja, dass gemäß den Vorhaben des DAC der OECD ein Großteil der ODA erst im Nachhinein angerechnet wird, etwa Studienplatzkosten für Studierende oder die Flüchtlingsbetreuungskosten im ersten Jahr und daher nicht wirklich planbar ist. Rein rechnerisch sollten wir am Ende der nächsten Regierungsperiode etwa auf 0,55% des BNE für die ODA liegen, wobei ein großer gestaltbarer Anteil das vorrangige Ziel sein muss.

In Entwicklungszusammenarbeit investiertes Geld ist sinnvoll in die Zukunft investiert. Wir wollen das EZA-Budget stufenweise bis spätestens 2030 auf 0,7 % des BNE anheben und dies gesetzlich verankern, wie dies etwa Großbritannien getan hat.

ÖVP:

Entwicklungszusammenarbeit ist unsere zentrale Aufgabe, um Menschen in ihren Heimatländern eine Perspektive zu geben –wir bekennen uns dazu, die Mittel dazu weiter auszubauen. Hier ist in den vergangenen Jahren einiges geschehen (AKF-Vervierfachung und Beschluss zur ADA Mittel-Erhöhung). Insgesamt wollen wir weiterhin die gesamten Mittel der Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7% des Bruttonationaleinkommens erhöhen.

FPÖ:

[keine Angabe]

Die Grünen:

Die Grünen haben sich seit langem dafür eingesetzt und treten bis heute dafür ein, dass endlich ein Stufenplan zur Erreichung des 0,7 % Zieles bis 2020 gesetzlich verankert wird.

Die ODA Quote soll nach Ende der nächsten Legislaturperiode jedenfalls bereits bei 0,7 % liegen. Deutschland hat ja dieses Jahr bereits 0,7 % erreicht. Allerdings muss man/frau

dazusagen, dass die Flüchtlingsinlandskosten hier miteinberechnet waren. Wir treten entschieden dagegen ein, dass dieses Schönmalen der ODA-Quote ein Ende hat. Die österreichische ODA Quote darf keine Flüchtlingsinlandskosten beinhalten.

NEOS:

Der Stufenplan, der erstellt wurde, um das 0,7-Prozent-Ziel zu erreichen muss gesetzlich verankert werden und an klare Maßnahmen und realistische Zwischenziele gebunden werden. Etwa 0,5 bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode. Die OECD hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um die Regelung, dass Flüchtlingskosten im Inland einberechnet werden dürfen, zu evaluieren. Es bleibt abzuwarten, was dabei herauskommt.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Es braucht endlich den von der Regierung lange versprochenen Stufenplan zur Erreichung des 0,7% Ziels. Wenn es nach der Liste Pilz geht, dann sollten wir das Ziel schon am Ende der nächsten Legislaturperiode erreicht haben.

b) Werden Sie sich für eine Aufstockung des Auslandskatastrophenfonds einsetzen und wenn ja, wie hoch sollten die jährlichen Ausgaben für Humanitäre Hilfe am Ende der nächsten Legislaturperiode sein?

SPÖ:

Im Zuge der Flüchtlingskrise wurde der Auslandskatastrophenfonds 2015 von fünf auf 20 Millionen Euro erhöht. Die Hauptlast der aktuellen Flüchtlingsbewegungen wird vor allem von den direkten Nachbarländern der Krisenstaaten getragen. Wir müssen diese Staaten unterstützen, damit die Staatlichkeit vor Ort gestärkt und Flüchtlinge ausreichend versorgt werden. Die Erhöhung des Auslandskatastrophenfonds ist daher nicht nur ein Akt internationaler Solidarität, sondern ein direkter Beitrag zu unserer eigenen Sicherheit. Deshalb ist eine weitere Aufstockung des Auslandskatastrophenfonds sinnvoll und vorstellbar.

Zudem ist anzudenken, einen Teil des Budgets für unsere Schwerpunktländer in der EZA zu reservieren, die immer wieder mit Krisen konfrontiert sind. Man denke etwa an die wiederkehrenden Hungersnöte in Äthiopien und die hohe Anzahl an zu versorgenden Flüchtlingen in Uganda.

ÖVP:

Neben EZA ist die Humanitäre Hilfe in den letzten Jahren deutlich wichtiger geworden, weil akute Notsituationen zunehmen, sei es aufgrund kriegerischer Konflikte, Naturkatastrophen im Zusammenhang mit dem Klimawandel oder Hungerkrisen. Deshalb fordern wir, die Mittel des Auslandskatastrophenfonds von derzeit 20 Mio. Euro pro Jahr auf jährlich 60 Mio. Euro zu verdreifachen.

FPÖ:

Österreich hat bisher einen großen Beitrag im In- und Ausland geleistet. Die hohen Flüchtlingskosten von heuer rund 2 Milliarden Euro dürfen in diesem Zusammenhang sicher nicht außer Acht gelassen werden.

Die Grünen:

Die langjährige Forderung der Grünen nach einer Erhöhung des AKF hat erfreulicherweise stattgefunden. Die Erhöhung ist jedoch im internationalen Vergleich sowie europäischen noch immer sehr niedrig. Österreichs Humanitäre Hilfe müsste jetzt mindestens das Doppelte vom bisherigen Beitrag Österreichs betragen, entsprechend Österreichs Wirtschaftskraft kann Österreich hier viel mehr leisten. Die jährlichen Ausgaben für Humanitäre Hilfe am Ende der nächsten Legislaturperiode sollte dann mindestens das Dreifache des jetzigen Betrages ausmachen.

NEOS:

Eine Aufstockung des Auslandskatastrophenfonds ist zu begrüßen. Selbst wenn man EZA allgemein revolutioniert und kritisch betrachtet, muss immer ein Topf für Katastrophenhilfe zur Verfügung stehen. Wie hoch die Ausgaben dafür genau sein sollen, muss man sich anschauen und hängt unseres Erachtens auch damit zusammen wieviel wir für multilaterale EZA budgetieren.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Ja, wir werden uns für die Aufstockung des AKF stark machen. In der nächsten Legislaturperiode sollte er von 20 auf 40 Millionen Euro verdoppelt werden.

c) Wo sehen Sie – abseits der Finanzierung – Verbesserungsmöglichkeiten in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe?**SPÖ:**

Entwicklungszusammenarbeit ist eine gesamtstaatliche Aufgabe – gerade wenn wir die global relevanten Bereiche der nachhaltigen Entwicklungsziele der UNO konsequent umsetzen wollen. Die EZA ist so wichtig, dass sie wieder zurück ins Bundeskanzleramt kommen soll, wo sie schon einmal war. Eine neue, kohärente entwicklungspolitische Gesamtstrategie der Bundesregierung soll sicherstellen, dass EZA wirklich dort ankommt, wo sie gebraucht wird, und eine entsprechende Steuerung erfährt. Dazu soll auch die Bewertung der Schwerpunktländer überarbeitet werden. Die Aufstockung des EZA-Budgets ist zwar notwendig, doch Geld alleine ist zu wenig, um Ungleichheit auf der Welt zu bekämpfen. Zu groß sind beispielsweise die Effekte von Handelsabkommen auf die Entwicklungschancen. Wir wollen daher die österreichische Exportförderung daraufhin überprüfen, ob sie menschenrechtlichen und entwicklungspolitischen Standards genügt. Gleiches erwarten wir von der Europäischen Union.

Die humanitäre Hilfe soll stärker mit der Entwicklungspolitik verzahnt werden. Besonders im Aufbau von Resilienz vor großen Katastrophen kann viel an Prävention geleistet werden.

Dies rettet zahlreiche Menschenleben im Falle von Katastrophen, seien sie von der Natur oder vom Menschen gemacht.

In die Planung von Maßnahmen sowohl der EZA als auch der humanitären Hilfe sind von Anfang an die Interessen und Bedürfnisse von sowohl Menschen mit Behinderung, Frauen als auch Kindern und Jugendlichen einzubeziehen.

ÖVP:

Insbesondere die Humanitäre Hilfe wird vor dem Hintergrund einer spürbaren Häufung an akuten Notsituationen wichtiger, darauf wollen wir in den kommenden Jahren mehr Gewicht legen, auch abseits des budgetären Bereichs. Es gilt, die Schnittstelle zwischen Humanitärer Hilfe und EZA stärker zu entwickeln. Hier liegt viel Potential, um auch über die Nutzung von Synergien notleidenden Menschen besser helfen zu können.

FPÖ:

Neben den schon erwähnten Punkten sollte unseres Erachtens die bilaterale Entwicklungshilfe auf maximal zwei Staaten konzentriert werden, um den – derzeit unverantwortbar hohen – Bürokratieanteil zu senken, die Ineffizienz verschiedenster Kleinprojekte in mehr als zehn Staaten zu beenden und in den Empfängerstaaten wirklich "bewegen" zu können. Es wäre weiters sinnvoll, mehr in das World Food Programm in Länder, die gerade besonders von der Migration betroffen sind – wie z.B. Uganda – zu investieren.

Die Grünen:

Es fehlt eine kohärente, entwicklungspolitische Strategie des Bundes. Diese Strategie muss zur Grundlage haben, nicht die Wirtschaft sondern den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Sie muss ressortübergreifend und verbindlich sein.

Langfristige Planung und keine 2-3 Jahrespläne sind notwendig, um eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit leisten zu können.

NEOS:

Schaffung eines Staatssekretariats für Entwicklungszusammenarbeit innerhalb des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres, um eine klare Zuständigkeit und Verantwortlichkeit auf Regierungsebene zu schaffen und ressortübergreifende Koordinierungs- und Umsetzungs Kompetenzen zu schaffen.

Bündelung des bisher aufgesplitterten EZA-Budgets (Official Development Assistance-Mittel) innerhalb des Staatssekretariats, sowie organisatorische Eingliederung der ADA und der österreichischen Entwicklungsbank AG.

Einrichtung eines ständigen parlamentarischen Ausschusses für EZA und jährliche Berichterstattung im Nationalratsplenum

Gesetzliche Verankerung des Stufenplans zur Aufstockung der EZA-Mittel zur Erreichung des 0,7% der Vereinten Nationen, Formulierung von Maßnahmen, Zwischenzielen innerhalb des Stufenplans.

Entbürokratisierung und Transparenz Zeitgerechte und detaillierte Veröffentlichung von finanziellen EZA Leistungen basieren auf dem International Aid Transparency Standard (IATI) insbesondere auch von zukunftsorientierten Daten, Veröffentlichung von Maßstäben und Ergebnissen bei der Effizienzbewertung der eingesetzten EZA-Mittel

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Den größten Verbesserungsbedarf sehe ich bei der von Ihnen angesprochenen Politikkohärenz.

d) Welchen Stellenwert soll die langfristige Entwicklungszusammenarbeit Ihrer Meinung nach haben?

SPÖ:

Wegen der hohen Relevanz soll die Entwicklungspolitik ins Bundeskanzleramt wandern. Dort soll sie auf einer entwicklungspolitischen Gesamtstrategie der Bundesregierung fußen, die mit allen wichtigen AkteurInnen erarbeitet worden ist und die auch andere internationale Verpflichtungen wie das Klimaabkommen, die SDGs oder das Abkommen von Addis Abeba über die Entwicklungsfinanzierung berücksichtigt. Aufgrund des Kohärenzgebotes ist darüber hinaus eine akkordierte Aktion zur Sinnesschärfung für alle relevanten staatlichen AkteurInnen – begonnen bei den Gemeinden und Bundesländern bis hin zu Parlament und Rechnungshof – von einer großen Dringlichkeit, um Entwicklungspolitik in all den verschiedenen wichtigen Politikfeldern entsprechend im Zentrum des strategischen Denkens und Handelns zu haben.

ÖVP:

Gerade die letzten Jahre haben gezeigt, dass EZA für uns einen enorm hohen Stellenwert hat und dass wir selbst am meisten davon profitieren, wenn in anderen Teilen der Welt politische und wirtschaftliche Stabilität herrscht. Unser Engagement in der EZA ist ein wesentlicher Ausdruck unseres christlich-humanistischen Menschenbildes. Ziel ist es, mit Investitionen dabei zu helfen, Frieden und Sicherheit in immer mehr Weltregionen sicherzustellen. Indem wir beispielsweise unsere Partnerländer dabei unterstützen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, können auch Unternehmen aus Österreich wichtiges Know-how und Kapital zur Verfügung stellen und gleichzeitig selbst durch neue Geschäftsbeziehungen davon profitieren.

FPÖ:

[keine Angabe]

Die Grünen:

Die langfristige Entwicklungszusammenarbeit ist das Um und Auf, um nachhaltig agieren zu können. Die 2030 Ziele können nur so erreicht werden. Daher hat sie einen sehr hohen Stellenwert. Österreich hat hier noch großen Nachholbedarf.

NEOS:

Die EZA braucht langfristige Planung als das 3-Jahres-Programm, die sich an den im EZA-Gesetz erklärten Zielen von EZA orientiert und nicht an innenpolitischen Machtkämpfen. Es braucht einen ständigen parlamentarischen Ausschuss (nicht nur einen Unterausschuss, der zweimal im Jahr tagt), der sich tatsächlich mit Strategien und Trends der EZA auseinandersetzt und nicht nur mit der Frage der Geldverteilung. Es braucht eine_n EZA-Staatssekretär_in, um das Thema auf Regierungsebene aufzuwerten und einen gemeinsamen Budgetplan aller an der EZA beteiligten Ministerien für dieses Thema. Staatliche Organisationen, die sich mit EZA beschäftigen, gehören entpolitisiert und von einer Belohnungsposten-Vergabestelle in echte Bundesorganisationen umgewandelt, die so stark sein müssen, dass sie nicht von Wahlkämpfen aus der Bahn geworfen werden können. Die Diplomatische Akademie sollte einen ständigen Lehrstuhl für das Thema bekommen und das EZA-Préalable im BMEIA sollte wieder eingeführt werden. EZA ist kein „Soft Topic“ für Hinterbänkler, die wenig zu tun haben, sondern eine hochkomplexe Angelegenheit, die Experten und ständiger Aufmerksamkeit bedarf.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Einen sehr hohen. Die Bekämpfung von Armut und Hunger und die Herstellung einer sicheren und friedlichen Umgebung für alle Menschen sind Ziele, welche nur langfristig erreicht werden können.

e) Wie würden Sie diese Punkte im Regierungsprogramm verankern?**SPÖ:**

siehe oben

ÖVP:

[keine Angabe bzw. siehe oben]

FPÖ:

Auf lange Sicht sollte die österreichische Entwicklungszusammenarbeit als Hilfe zur Selbsthilfe gesehen und auch so ausgerichtet werden.

Die Grünen:

als Punkte im Bereich Außenpolitik und EZA/humanitäre Hilfe mit konkreten Zahlen, die bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode erfüllt werden sollen.

NEOS:

In A-D hinreichend erklärt.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

[keine Angabe]

4. Klimaschutz:

Österreich hat sich mit der Ratifizierung des Klimaabkommens von Paris im Juli 2016 dazu verpflichtet eine nationale Strategie mit langfristigen Zielen zum Ausgleich von Treibhausgasemissionen und Emissionssenken zu entwickeln und Entwicklungsländer beim Klimaschutz und bei der Anpassung an den Klimawandel auch finanziell zu unterstützen.

a) Welche Maßnahmen würden Sie im Regierungsprogramm aufnehmen, um alle Bereiche des Pariser Klimaabkommens in Österreich umzusetzen?

SPÖ:

Für uns als SozialdemokratInnen steht es außer Zweifel, dass Österreich seinen wichtigen Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten will und muss. Darum haben wir uns zum Ziel gesetzt, bis 2030 den Ausstoß von Treibhausgas um 36 Prozent und den Energieverbrauch um 24 Prozent zu senken und den Eigendeckungsgrad von 100 Prozent bei Strom aus überwiegend erneuerbaren Quellen anzustreben. Einsparungspotenziale bringen die beiden Bereiche Niedertemperaturanwendungen (Raumwärme, Warmwasser etc.) sowie Mobilität mit sich. Gerade auf diesen Gebieten hat man durch den Einsatz von technologisch ausgereiften und effizienten Maßnahmen einen technologischen Effizienzsprung geschafft. Das gilt es nun in der Praxis umzusetzen.

ÖVP:

Wir bekennen uns klar zur Umsetzung des Pariser Klima-Abkommens und den darin enthaltenen Rahmenbedingungen für die internationale Klimafinanzierung sowie zur Umsetzung der EU-Ziele für die Reduktion von CO₂-Emissionen. Wir wollen vor allem den Ausbau heimischer erneuerbarer Energien in Österreich forcieren, z.B. durch weniger Bürokratie bei der Umsetzung von Projekten. Hier gilt es auch, die richtigen Rahmenbedingungen für eine dezentrale Energieversorgung zu schaffen. Auch die Ladeinfrastruktur von E-Autos wollen wir ausbauen und somit die Praktikabilität klimaschonender Mobilität deutlich erhöhen. Schließlich kann der CO₂-Ausstoß im Alltag über innovative digitale Lösungen reduziert werden, z.B. indem der Verkehrsfluss mit smarten Ampelregelungen effizienter gesteuert wird. All diese Maßnahmen helfen dem Klima, sind gut für unsere Wirtschaft und eröffnen unserer ausgezeichneten Forschungslandschaft neue Betätigungsfelder.

FPÖ:

Fossile Ressourcen sind endlich und Österreich muss daher dringend alle erforderlichen Maßnahmen setzen, um die Abhängigkeit von diesen Ressourcen drastisch zu verringern. Nur Investitionen in die Nutzung heimischer erneuerbarer Ressourcen befreien Österreich von seiner fatalen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern. Der Einsatz heimischer erneuerbarer Energieformen ist zudem der sicherste Weg zur Erreichung von Umweltschutzzielen. Durch den Ausbau von Sonnen-, Wasser-, Wind- und Bioenergieanlagen sowie durch die Verwendung umweltfreundlicher Treibstoffe können Ressourcen geschont, die Umwelt geschützt und darüber hinaus ein bedeutender Arbeitsmarkt erschlossen werden. Wir stehen für den Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kohlekraftwerke und lehnen die Nutzung der Kernkraft, die nach dem Pariser Klimavertrag zulässig ist, konsequent ab.

Die Grünen:

Die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens bedeutet, dass Österreich und die anderen Industriestaaten bis zur Mitte des Jahrhunderts vollständig aus der Nutzung fossiler Energie aussteigen - nur so ist das Ziel, die Temperaturerwärmung um 1,5 oder 2 Grad Celsius zu begrenzen erreichbar. Österreich hat dabei einen fairen Beitrag zur Finanzierung von Klimaschutz- und Klimawandelanpassung in Entwicklungsländern zu leisten. Die österreichischen Beiträge zur internationalen Klimafinanzierung („long term finance“) und zum Green Climate Fund sind durch ihre Verankerung in einem zwischen den Bundesministerien akkordiertem Budgetpfad auf eine solide und vertrauenswürdige Finanzierungsbasis zu stellen. Zur Erreichung dieses Ziels würden wir Grünen einen Mix aus steuerpolitischen, ordnungsrechtlichen und anreizbezogenen Instrumenten im Regierungsprogramm festschreiben. Vordringlich gehören dazu: - Klima- und Energiestrategie mit Stufenplan zur Dekarbonisierung aller Sektoren bis 2050. - 100% erneuerbarer Strom bereits bis 2030. - Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Etappenzielen und Maßnahmen. - Öko-Soziale Steuerreform inkl. ansteigendem CO₂-Mindestpreis bei gleichzeitiger Entlastung des Faktors Arbeit. - Abbau aller Subventionen für fossile Energieträger und Reform der Pendlerpauschale. - Verankerung eines Budgetpfads für die Bereitstellung eines fairen Beitrags Österreichs internationale Klimafinanzierung. Die Mittel sind zusätzlich zu bereits bestehenden Transfergeldern aufzubringen.

NEOS:

Die Bundesregierung hat es bislang verabsäumt, einen Klimaschutzplan vorzulegen, der die Einzelmaßnahmen zur Umsetzung von COP21 aufzeigt. Wir fordern, die ausgezeichnete Position, die Österreich bereits im Bereich der Umwelttechnologien hat zu nützen und stark im Bereich Green Energy zu investieren. Die zu erwartenden Effizienzsteigerungen reduzieren damit nicht nur langfristig Österreichs THG-Emissionen, sondern schaffen auch Arbeitsplätze in den Zukunftsbranchen.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Folgende Maßnahmen sind für die Liste Pilz von zentraler Bedeutung:

- Steuerliche Anreize für die Etablierung einer „circular economy“
- Einführung einer deutlichen CO₂ Steuer, die die Externalitäten im Hinblick auf Treibhausgasemissionen sämtlicher Produktionen klar abbildet und ausgleicht. In gleicher Weise müssen CO₂ – arme Faktoren wie Arbeit steuerlich entlastet werden um beispielsweise einen Anreiz für Reparaturen zu schaffen im Sinne einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. Auch regionale und nachhaltige Produktionsgüter müssen in dieser Form entlastet werden.
- Verpflichtung zur Reduktion der Treibhausgase um 50% bis 2030 im Verhältnis zu den Vergleichswerten aus dem Jahr 1990,
- Verpflichtung zur Förderung regenerativer Energiequellen, um die Energieversorgung bis 2030 gänzlich aus erneuerbaren Energiequellen sicherzustellen.
- Stopp staatlicher Förderung fossiler Energieträger.

- Verbot neuer Ölheizungen.
- Europäische Einigung für die Einführung einer Mehrwertsteuer auf Flugtickets.
Subventionierung europäischer Bahnkarten.
- Erhaltung sämtlicher Moore und Sümpfe

b) Wie hoch sollte Ihrer Meinung nach Österreichs fairer Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung aus öffentlichen Mitteln sein, um das globale Ziel von 100 Mrd. US-Dollar jährlich als Unterstützung an Entwicklungsländer zu erreichen?

SPÖ:

Grundsätzlich ist die Frage zu stellen, ob hier rein mit einer pekuniären Betrachtung von einem fairen Beitrag gesprochen werden kann. Fakt ist, dass Österreich in einem ersten Schritt die eigenen Verpflichtungen zu erfüllen hat, wie sie bereits in der Antwort der vorhergehenden Frage dargestellt wurden. Im Weiteren ist hierbei natürlich auch die Frage zu beleuchten, zu welchen Bedingungen globaler Handel getrieben wird und in welchem Zusammenhang hier der Klimawandel gesehen wird. Daher war es der SPÖ auch wichtig, dass im Regierungsprogramm 2013 verankert wurde, dass Österreich für die Berücksichtigung des Klimaschutzes in internationalen Handelsabkommen eintritt. Leider ist das zuständige Wirtschaftsministerium in diesem Zusammenhang säumig.

Was den Green Climate Fund betrifft, so werden im Rahmen der Erstkapitalisierung des Fonds 25 Mio. USD. zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag soll, so der Plan, im Zeitraum von 2015 bis 2018 gemeinsam mit der Wirtschaft und den Bundesländern auf 50 Mio. erhöht werden. Dies ist jedoch nicht die einzige Schiene der internationalen Klimafinanzierung, an der sich Österreich beteiligt, sondern es sind weitere bilaterale und multilaterale Instrumente im Einsatz.

ÖVP:

[keine Angabe]

FPÖ:

Die FPÖ lehnt einen globalen Emissionsrechtehandel, die Finanzierung sogenannter Umweltförderung im Ausland sowie Beiträge zur internationalen Klimafinanzierung ab, weil sie eine faktische Umverteilung erheblicher Geldmittel und eine (versteckte) Auslandshilfe ohne entsprechende Kontrollmöglichkeiten darstellen. Im Zusammenhang mit dem Klimavertrag von Paris ist nicht nachvollziehbar, dass Entwicklungsländer trotz finanzieller Hilfe länger Treibhausgase emittieren dürfen, als Industriestaaten.

Die Grünen:

Im Pariser Klimavertrag ist fest gehalten, dass die Industrienationen ihre Anstrengungen in der internationalen Klimafinanzierung und die schon in Kopenhagen zugesagten Mittel von 100 Mrd. Dollar im Jahr noch erhöhen müssen. Gemessen an den aktuellen

Finanzierungszusagen vergleichbarer Länder läge ein angemessener Anteil Österreichs an der internationalen Klimafinanzierung bei 200 Millionen Dollar pro Jahr ab 2020. Bis 2020 müssen die Mittel sukzessive anwachsen. Hierzu ist ein zwischen den betroffenen Bundesministerien akkordierter Budgetpfad „internationale Klimafinanzierung“ für die Jahre 2018 bis 2025 zu erstellen.

NEOS:

Wir haben bereits 2015 gefordert, dass sich Österreichs Beitrag an der Höhe des Beitrags der Schweiz (damals 100 Mio. \$) orientieren sollte.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Wenn wir uns an Deutschland orientieren, so sollte die Höhe unseres Beitrages € 700 Millionen betragen. Das halte ich für einen angemessenen Beitrag. Besonders wichtig ist die Finanzierung von Präventionsmaßnahmen in Entwicklungsländern.

5. Menschenrechte:

Um die Gewährleistung der Menschenrechte weltweit zu fördern, ist ein Fokus in der österreichischen Entwicklungspolitik auf benachteiligte Menschen und marginalisierte Gruppen und deren Rechte entscheidend – insbesondere Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderung, alte Menschen, MigrantInnen und Flüchtlinge, indigene Völker sowie ethnische, politische, religiöse und sexuelle Minderheiten.

- a) Wo sehen Sie Verbesserungsmöglichkeiten im Bereich Menschenrechte und wie werden Sie sicherstellen, dass insbesondere benachteiligte Menschen und marginalisierte Gruppen und deren Rechte gestärkt werden?**

SPÖ:

Wie die SPÖ in der Präambel ihres Wertekompasses festgehalten hat, steht die Würde des Menschen im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik. Daher treten wir entschlossen für die Einhaltung, Förderung und den Schutz der Menschenrechte ein und stehen für eine Politik, die die Menschen in die Lage versetzt, ihr Leben selbstbestimmt und mündig zu gestalten – in Österreich wie auch überall anders auf der Welt. Dafür ist Österreichs Engagement bei friedenserhaltenden Missionen – derzeit sind 1.100 SoldatInnen des Bundesheeres im Jahresdurchschnitt im Rahmen der Vereinten Nationen, der EU, der OSZE und der NATO tätig – entscheidend. Als prioritär im Zusammenhang mit dem äußeren Handeln erachte ich die Förderung friedlicher und inklusiver Gesellschaften, den Zugang zu Justiz und den Aufbau effektiver rechtsstaatlicher Institutionen durch bi- und multilaterale Partnerschaften. Konkrete Maßnahmen im State-Building und Governance-Bereich, wie etwa in Bhutan, wo unabhängige Rechtsprechung und Gerichtsbarkeit durch die Ausbildung von RichterInnen und Verwaltungsangestellten von Österreich unterstützt werden, sind auszubauen.

ÖVP:

Österreich hat den menschenrechtsbasierten Ansatz bereits als ein zentrales Prinzip seiner Entwicklungspolitik im aktuellen Dreijahresprogramm festgeschrieben. Besonders wichtig sind uns dabei die Stärkung der Zivilgesellschaft und der Rechte von benachteiligten Bevölkerungsgruppen wie Menschen mit Behinderungen, Kindern, älteren Menschen, ethnischen und religiösen Minderheiten, aber auch die Rechte von Frauen. Deshalb ist auch die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung und die Überwindung von fragilen Staatsstrukturen einer der inhaltlichen Schwerpunkte der österreichischen EZA.

FPÖ:

[keine Angabe]

Die Grünen:

Die zunehmende Repression gegen MenschenrechtsaktivistInnen weltweit wurde von den Grünen mehrfach, auch im Parlament, durch Anträge und auf EU Ebene, zum Thema gemacht und aktive Hilfe Österreichs und der EU eingefordert.

Wir werden auch in der kommenden Gesetzgebungsperiode aktiv auf die Regierung und die EU einwirken, sich für den Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen in zB der Türkei, Honduras, El Salvador, Iran, China, Tschetschenien uvm. stark zu machen.

Die Grünen treten dafür ein, dass auch die Handels- und Wirtschaftspolitik eines Landes an der Vereinbarkeit mit Menschenrechten ausgerichtet wird. Auch hier macht es Sinn, Initiativen zB gegen Staaten, welche massiv Menschenrechte verletzen und MenschenrechtsaktivistInnen verfolgen, zu setzen.

NEOS:

In der Entwicklungszusammenarbeit setzt sich in den letzten Jahren zunehmend ein sogenannter „Human Rights Based Approach“ durch. Dies bedeutet, dass staatliche Partner als Pflichtenträger wahrgenommen werden müssen, die es gilt zu befähigen gilt, ihren menschenrechtlichen Pflichten nachzukommen. Marginalisierte Gruppen müssen hingegen in die Lage versetzt werden, diese Pflichten auch einfordern zu können. Es braucht daher verstärkt Förderungen, deren Umsetzung zu den in den diversen menschenrechtlichen Verträgen festgelegten Rechte beitragen.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Mir persönlich ist die Barrierefreiheit aller Projekte der EZA ein großes Anliegen. Bei jedem Projekt sollten Menschen mit Behinderungen mitbedacht werden.

b) Welche Schritte werden Sie setzen, um vermehrt die Geschlechtergleichstellung in Partnerländern der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit zu unterstützen?

SPO:

Geschlechtergleichstellung ist nicht nur Thema der EZA, sondern muss auch in Österreich endlich umgesetzt werden. Wir müssen hier mit gutem Beispiel vorangehen und die nach wie vor vorhandenen Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen bekämpfen. Im internationalen Bereich sind frauenspezifische Förderungen notwendig, die die Forcierung von umfassender Gleichstellung, Weiterentwicklung von Antidiskriminierungsagenden und die Eindämmung von Gewalt verfolgen. Wichtig ist hierbei der Ansatz des Gender-Mainstreaming, das heißt, dass die Umsetzung des SDG 5 „Geschlechtergerechtigkeit“ sowie der genderspezifischen Unterziele gemeinsam durch alle Ministerien für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich erfolgt.

Die EZA soll auch dazu beitragen, die Gleichstellung der Geschlechter zu befördern und geschlechtsspezifische Gewalt einzudämmen. Die Rolle von lokalen Akteurinnen ist hierbei zu stärken, indem sie beispielsweise in Friedensverhandlungen und den Aufbau von post-Konflikt Gesellschaften einbezogen werden. Schließlich ist die Implementierung von Maßnahmen, die auf der UN-Resolution 1325 und nachfolgenden fußen, zu beschleunigen.

ÖVP:

b)c) Die Möglichkeit zur individuellen Selbstbestimmung (u.a. durch Teilnahme am politischen und öffentlichen Leben) insbesondere auch von Frauen ist ein Schlüssel zu wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung und zum Wohlstand eines Landes. Den Schutz vor Gewalt, die Beseitigung jedweder Diskriminierung und den verstärkten Einsatz von Frauen in Führungspositionen wollen wir verstärkt forcieren. Deshalb ist auch die „Geschlechtergleichstellung“ neben dem Umwelt- und Klimaschutz eines von 2 Querschnittsthemen der österreichischen EZA, das bedeutet, dass sie einen engen Bezug zu allen Bereichen der österreichischen Entwicklungspolitik haben und bei der Umsetzung einen zentralen Stellenwert einnehmen. Wir wollen dieses Querschnittsthema Geschlechtergleichstellung konsequent umsetzen.

FPÖ:

[keine Angabe]

Die Grünen:

Die Grünen fordern immer wieder über Anträge und Anfragen sowie in Ausschüssen ein, dass Geschlechtergleichstellung in der OEZA einen wichtigeren Stellenwert bekommt. Dies soll vor allem über eine massive Erhöhung der Mittel für genderspezifische Projekte zum Ausdruck kommen. Aber auch über Gender Analyse, EU GAP II Indikatoren und gleichstellungsorientiertes M&E der OEZA Projekte.

Geschlechtergleichstellung soll ein fixer Bestandteil in bilateralen Gesprächen mit Partnerländern sein.

NEOS:

Geschlechtergleichstellung findet sich in Punkt fünf der UN Sustainable Development Goals und ist auch in Artikel 2(2) des UN-Sozialpakts verankert. Als konkrete Maßnahme empfehlen wir sogenanntes Gender Budgeting zu forcieren. Dadurch wird die Teilnahme von Frauen an Budget-Entscheidungen vorangetrieben und das Gleichstellungsprinzip in der Verteilung öffentlicher Gelder besser durchgesetzt. Bewerberländer müssen sich im Rahmen von Förderprogrammen außerdem uneingeschränkt zum Grundsatz der Gleichstellung von Frauen und Männern bekennen.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Gleiche Chancen für Frauen und Männer ist die Voraussetzung für die Entwicklung eines Landes. Ich werde mich dafür einsetzen, dass vermehrt Projekte umgesetzt werden, welche die Rechte von Frauen stärken. Es geht nicht nur um das Stärken der Zivilgesellschaft, sondern auch um anwaltschaftliche Arbeit auf politischer Ebene. Die Arbeit in diesem Bereich ist noch ausbaufähig.

c) Wie würden Sie diese Punkte im Regierungsprogramm verankern?

SPÖ:

siehe oben

ÖVP:

[siehe oben]

FPÖ:

Da die Partnerländer unterschiedliche gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Entwicklungen aufweisen, ist es nur möglich, sie durch Gespräche und an Hand von Beispielen (Behindertengleichstellungsgesetz, usw.) zu einer Weiterentwicklung der Menschenrechte zu motivieren.

Die Grünen:

In Form von umzusetzender konkreter Handlungsschritte im Bereich der Außen- und EZA-politik

NEOS:

Die neue Bundesregierung sollte sich im Regierungsprogramm dazu bekennen, die oben erwähnten Bereiche nicht nur im Rahmen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit bzw. der ADA umzusetzen, sondern sich auch auf Europäischer Ebene für deren Weiterentwicklung und Implementierung einzusetzen.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

[keine Angabe]

6. Partizipation und die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen:

In den Ratsschlussfolgerungen vom 19. Juni 2017¹ betonen die EU-Mitgliedstaaten die Bedeutung der Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung sowie ihre entscheidende Rolle in den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Politik, Umwelt, Entwicklung und im humanitären Bereich. Es wurde beschlossen, dass sich die EU und ihre Mitgliedstaaten dafür einsetzen werden, dass die Zivilgesellschaft über einen entsprechenden Handlungsspielraum verfügt. Zudem soll der Kapazitätsaufbau zivilgesellschaftlicher Organisationen stärker unterstützt werden, um deren Stimme im Entwicklungsprozess mehr Gewicht zu verleihen und den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Dialog voranzubringen.

- a) Wie werden Sie sich für die Stärkung des Handlungsspielraums und der Partizipationsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen sowohl in Partnerländern als auch in Österreich einsetzen?**

SPÖ:

Die Zusammenarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher AkteurlInnen bei der Umsetzung der Sustainable Development Goals sowie im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ist für deren Erfolg entscheidend. Dies zeigt sich schon in der Genese der 2030 Agenda, wo sich Österreich in den internationalen Verhandlungen zur Agenda erfolgreich mit seinem „10-Punkte-Plan“ eingebracht hat, der von den Bundesministerien und der Zivilgesellschaft gemeinsam erarbeitet worden war. Auch im Ministerratsbeschluss vom 12. Jänner zur Umsetzung der SDG-Agenda wurde explizit die Zusammenarbeit mit allen relevanten staatlichen Organen und KooperationspartnerInnen auf Bundes-, Landes-, Städte- und Gemeindeebene sowie SozialpartnerInnen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft verankert. Durch Rahmenprogramme und strategische Partnerschaften werden zivilgesellschaftliche Initiativen in Österreich wie auch in Partnerländern gezielt gestärkt und die Zusammenarbeit etwa mit der Austrian Development Agency forciert. Diese Initiativen gilt es weiter auszubauen.

ÖVP:

Die ADA arbeitet derzeit mit über 100 NGOs im In- und Ausland eng zusammen. Vor allem im Ausland kann die Zusammenarbeit durch die geplante Mittelerrhöhung der ADA weiter verstärkt werden. Viele Projekte der ADA wären ohne eine starke Zivilgesellschaft nicht umsetzbar, dieser offene kooperative Zugang muss konsequent weiterverfolgt werden. Die nächste Regierung sollte in einem Beschluss die Umsetzung der SDGs sowie vor allem die aktive Einbindung der Zivilgesellschaft zur Erreichung dieses Ziels auf allen Ebenen bekräftigen.

FPÖ:

[keine Angabe]

¹ <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10279-2017-INIT/de/pdf>

Die Grünen:

Wie seit Einzug der Grünen im Parlament im Jahre 1986 werden wir auch in Zukunft in der parlamentarischen Arbeit eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten und auch entsprechende Gesetze zur Stärkung der Zivilgesellschaft und deren Partizipationsmöglichkeiten an Verwaltungshandeln und an der Gesetzgebung einfordern. Der grünen Hartnäckigkeit ist es unter anderem zu verdanken, dass in Umsetzung der Enquete-Kommission zur Stärkung der Demokratie ab diesem Herbst über die Parlamentshomepage allen BürgerInnen eine allgemeine Begutachtung von Gesetzesvorschlägen möglich ist (inklusive elektronischer Unterstützung von Stellungnahmen). Wie sehr wir die Arbeit der Zivilgesellschaft schätzen, zeigt sich am Grün-Alternativen Bürgerinitiativen-Verein: Der Verein unterstützt seit mehr als 25 Jahren Einzelpersonen, Bürgerinitiativen und zivilgesellschaftliche Organisationen in ökologischen und sozialen Rechtsverfahren indem zum Beispiel Rechtsanwaltskosten oder Gutachterkosten übernommen werden. Der Verein wird aus Beiträgen der Grünen Abgeordneten gespeist (www.buergerinitiativen.at)

NEOS:

Siehe unten

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

Die Einführung des Unterrichtsfachs "Globales Lernen" soll endlich auf parlamentarischer Ebene diskutiert werden. Es braucht außerdem eine Erhöhung des Budgets für entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Österreich. In den Partnerländern sollen Projekte gefördert werden, die eine kritische Zivilgesellschaft fördern.

Weiteres setzt sich die Liste Pilz für die Einführung verpflichtender Bürgerbeteiligungskonzepte ein.

b) Wie würden Sie die Stärkung und die Partizipationsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft im Regierungsprogramm verankern?

SPÖ:

Siehe oben

ÖVP:

Viele zivilgesellschaftliche Organisationen stützen sich auf das ehrenamtliche Engagement zahlreicher Menschen. Für uns ist daher auch wichtig, das Ehrenamt insgesamt in Österreich zu stärken. Konkret geht das durch bessere Anerkennung und Unterstützung: Wir wollen ein „Ehrenamt-Gütesiegel“ einführen, das sowohl bei Berufsausbildungen als auch bei Bewerbungen im öffentlichen Dienst berücksichtigt werden soll. Und für zivilgesellschaftliche Initiativen wollen wir, dass diese auch von staatlicher Seite zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen stärker berücksichtigt und als Dienstleister staatlich garantierter Leistungen besser eingebunden werden.

FPÖ:

Die direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild wäre die beste Möglichkeit, die Beteiligung am politischen Prozess in vielen Bereichen zu garantieren. Mit einer Volksinitiative, einer Vetovolksabstimmung und Volksbegehren mit mehr als 250.000 Unterschriften, die automatisch zu einer Volksabstimmung führen, wäre die Zivilgesellschaft an der politischen Entwicklung Österreichs eingebunden.

Die Grünen:

Hier für die Grünen drei zentrale Texte exemplarisch für diesen Anliegen:

1. BVG Zivilgesellschaft: Der Zivilgesellschaft kommt in Österreich und auch über dessen Grenzen hinweg eine bedeutende meinungsbildende und demokratisierende Rolle zu. In Anlehnung an die Bestimmung des Art. 120a B-VG zu den Sozialpartnern soll nunmehr auch die Bedeutung der Zivilgesellschaft verfassungsrechtlich hervorgehoben werden: Die Republik Österreich achtet und fördert die Zivilgesellschaft durch die Sicherstellung von Rahmenbedingungen für wirksames und politisch sowie finanziell unabhängiges gesellschaftspolitisches Engagement sowie die Einbeziehung in politische und Gesetzgebungsprozesse. Die Republik Österreich achtet und fördert die Zivilgesellschaft durch die Sicherstellung von Rahmenbedingungen für wirksames und politisch sowie finanziell unabhängiges gesellschaftspolitisches Engagement sowie die Einbeziehung in politische und Gesetzgebungsprozesse."

Siehe dazu schon den Antrag Nr 2274/A in dieser GP.

2. Umweltschutzgesetz des Bundes: "Die Aarhus-Konvention über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten wird vollständig umgesetzt. Insbesondere erhalten BürgerInnen und ihre Organisationen das leistbare und effektive Recht, gegen Umweltschutzverstöße des Staates und Privater vor Gericht vorgehen zu können (Art 9 Abs 3 Aarhus-Konvention).

Die vom Europäischen Gerichtshof gewährten Rechte Einzelner zur Durchsetzung von EU-Recht werden im österreichischen Verfahrensrecht verankert. Insbesondere wird auch das Recht betroffener Einzelner auf Verordnungserlassung anerkannt. Die Zuständigkeiten der Verwaltungsgerichte, die Behörden zum EU-rechtskonformen Handeln zu verpflichten, werden ausgebaut. Der Rechtsweg muss rasch und leistbar sein.

Die Bundesregierung anerkennt den Einsatz der BürgerInnen für den Umweltschutz und zur Wahrung des Umweltrechts. Ein staatlicher Fonds bietet finanzielle Unterstützung für Rechtsschritte der Zivilgesellschaft zum Schutz der Umwelt. Der Fonds wird aus Beiträgen der ProjektwerberInnen in UVP- und IPPC-Verfahren gespeist.

Österreich setzt sich auch auf europäischer Ebene zugunsten der BürgerInnen-Rechte ein."

Siehe dazu auch Antrag 2223/A in dieser GP.

3. InformationsfreiheitsG: "Partizipation setzt Information voraus. Mit einem InformationsfreiheitsG soll der Wandel von einer 'geheimen' Verwaltung zu einer offenen Verwaltung geschafft werden. Ein einheitliches Gesetz verschafft BürgerInnen den Zugang zu Verwaltungsinformationen aller Gebietskörperschaften und öffentlicher Unternehmen. Zur Achtung des Datenschutzes und anderer berechtigter taxativ aufgezählter Interessen sind Ausnahmen möglich, aber einem Missbrauch dieser Ausnahmen wird durch ein effektives Rechtssystem der Riegel vorgeschoben. Informationen sind rasch zu erteilen. Die

Einrichtung eines Informationsbeauftragten fördert einen Paradigmenwechsel." Siehe dazu Antrag 18/A in dieser GP.

NEOS:

a) + b) Uns ist klar, dass NGOs gerne hören würden, dass man ihnen mehr und mehr Einfluss geben sollte, es ist die Ausgestaltung davon, auf die es ankommt. Gegenwärtig gibt es eine Menge Pseudopartizipation von zivilgesellschaftlichen Organisationen, etwa bei der Entwicklung des nächsten Dreijahresprogrammes für Entwicklungszusammenarbeit. Was auf den ersten Blick nach einer guten Idee aussieht, ist in Realität ein Raum voller Menschen, die zwei Stunden lang durcheinander reden, zu wenig Zeit für Fragen haben und auch noch ungenügende Antworten von den Ministerien bekommen. Was es ins Programm schafft und aus welchen Gründen ist intransparent.

NEOS hat keine detaillierte Position zu diesem Thema. Allerdings haben wir den Eindruck, dass es viele Mechanismen gibt, die der Zivilgesellschaft in der Breite nicht bekannt sind (Möglichkeiten durch die Aarhus Convention, UN Global Compact, OECD Guidelines für Unternehmen etc.). Darauf sollte verstärkt hingewiesen werden und auch die relevanten Institutionen sollten es als eine Möglichkeit ansehen, hier in einen Dialog mit der Zivilgesellschaft zu treten.

Parlamentarische Ausschüsse müssen öffentlich abgehalten werden. Nur so hat die Zivilgesellschaft Möglichkeiten, den wahren Entscheidungsprozess zu beobachten und Vorschläge an die richtigen Stellen zu den relevanten Themen zu machen. Momentan sind zivilgesellschaftliche Organisationen abhängig davon, dass ihnen ein Abgeordneter erzählt, was im Ausschuss los war, außer sie sind als Experten geladen.

Liste Pilz (Antworten von Linda Exenberger, Kandidatin):

[keine Angabe]